

Projekt

Rosenthalhäuser stehen vor ungewisser Zukunft

Volk und Parlament wollen die Rosenthalhäuser nicht abreißen. Die Regierung ist anderer Meinung, was den Mieterverband erzürnt.

Von Rolf Zenklusen

Die unendliche Geschichte um die Rosenthalhäuser ist seit Mitte März um ein Kapitel reicher. Der Regierungsrat hat am 16. März erklärt, die Verhinderung des Abbruchs sei planungsrechtlich nicht möglich. Darüber zeigt sich der Mieterinnen- und Mieterverband Basel (MV) sehr erbost: «Verwaltung und Regierung hintergehen den Grossen Rat und das Volk», erklärt Beat Leuthardt, Geschäftsführer des MV.

Nach einem Referendum des MV hatte sich 2003 das Stimmvolk tatsächlich gegen den Abbruch der Häuser an der Rosentalstrasse 9 bis 13 ausgesprochen, und im Mai 2006 hatte der Grosse Rat diese Meinung unterstützt.

Wohnungen besser statt Büros

Das Kantonsparlament hatte damals ja gesagt zu einer Motion des Kleinbasler Grossrats Beat Jans (SP). «Offenbar sind die grossen, zum Teil hellen Wohnungen in unmittelbarer Nähe der Rosentalanlage nach wie vor attraktiv und begehrt», schrieb Jans damals in seiner Motion. Der Bestand an leeren Büros habe weiter zugenommen, das Defizit an grossen Wohnungen sei jedoch gross. «Schon deshalb macht es keinen Sinn, Wohnungen durch Büroräumlichkeiten zu ersetzen», erklärte Jans in seinem Vorstoss.

Regierung braucht mehr Zeit

Bis zum 17. Mai 2010 hätte die Regierung Zeit gehabt, die Motion Jans umzusetzen. Doch Mitte März 2010 beantragte die Regierung dem Grossen Rat, diese Frist bis zum 31. Dezember zu verlängern. Die Ausarbeitung eines Vorschlags an das Parlament brauche mehr Zeit als ursprünglich angenommen, schreibt die Regierung.

Sie verstehe die Motion in dem Sinne, dass Wohnraum im bestehenden Umfang erhalten werden soll. «Mit dem neuen Bebauungsplan soll erreicht werden, dass in einem neuen Gebäude Wohnungen



Foto: zen

Abreißen oder nicht? Das Volk sagte nein zum Abbruch dieser Häuser; der Grosse Rat stützte diesen Entscheid. Trotzdem will der Regierungsrat nun die Gebäude abreißen. Das bringt den Mieterverband in Rage.

enthalten sind, welche mindestens die gleiche Wohnfläche wie die heutigen Liegenschaften umfassen», erklärt der Regierungsrat von Basel-Stadt.

Die Regierung unterlasse es, weitere Möglichkeiten zu prüfen, kritisiert Leuthardt. «Die Regierung könnte die Häuser dem Eigentümer abkaufen und sie unter Schutz stellen», schlägt der MV-Geschäftsführer vor. Stattdessen hätschle sie «liebedienersich den Investor in seinem Bestreben, bezahlbaren Mietwohnraum weiterhin zu vernachlässigen und zu vernichten». Die Eigentümerin Zürich Lebensversicherungs-Gesellschaft AG arbeite seit längerem an einem Projekt mit sechs Wohn- und sechs Büroetagen (statt wie ursprünglich zwölf Büroetagen), weiss Leuthardt. Doch dabei handle es sich um Luxuswohnraum – «der Durchschnittskleinbasler hätte dann keine Chance mehr.»

Franco Tonozzi, Zürich Versicherung

«Solange kein konkretes Baugesuch eingereicht ist, können wir keine Aussage zu Investitionsvolumen oder Baubeginn machen.»

Bei der Eigentümerin gibt man sich etwas wortkarg. «Es wurden ein Bebauungsplan und entsprechende spezielle Bauvorschriften für die Errichtung eines zonenkonformen Bürogebäudes eingereicht», sagt Franco Tonozzi, Mediensprecher bei der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG. Der Bebauungsplan sei nach wie vor rechtsgültig und habe eine zonenkonforme Erstellung mit einer Büronutzung zum Ziel.

Welche Pläne die Versicherung nun genau hat, will der Sprecher partout nicht genau sagen: «Da noch kein konkretes Baugesuch eingereicht ist, können wir auch keine Aussagen zu Investitionsvolumen, Baubeginn etc. machen.» Auf den Vorwurf des MV, die Eigentümerin vernachlässige die Liegenschaft, geht der Pressesprecher nicht ein. «Die bestehenden Liegenschaften weisen 39 Wohnungen mit zwei bis vier Zimmern auf; zurzeit stehen sieben Wohnungen leer.»

Nachrichten

Baselworld beflügelte die Branche wieder

VG. Die Baselworld 2010 schloss am 25. März nach acht sehr erfolgreichen Tagen ihre Tore. Mit 100 700 Fachbesuchern aus über 100 Ländern konnte ein Spitzenwert erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Besucherzahl um sieben Prozent. Sehr zufrieden äusserten sich zu Messeschluss auch die Aussteller über den Geschäftsverlauf. Man war sich einig, dass die Weltmesse für Uhren und Schmuck im Kleinbasel die Branche entscheidend beflügelte hat.

5700 Unterschriften für die Populärmusik

VG. Am 31. März wurde die Petition «Popstadt Basel retten!» mit 5 761 Unterschriften dem Regierungsrat und dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt übergeben. Sie unterstreicht in eindrücklicher Weise das dringende Bedürfnis nach einem zeitgemässen Konzertort für bis zu 1500 Personen in Basel und fordert, dass die Kulturförderung in diesem Bereich aktiv wird.

Regierung lehnt zwei Steuer-Initiativen ab

VG. Der Regierungsrat erteilt den Steuerinitiativen der SVP (Mittlungsinitiative) und der FDP (Milderung der Vermögenssteuer) eine klare Absage. Die Annahme der SVP-Initiative hätte Steuerausfälle von rund 115 Millionen Franken zur Folge, was für den Kanton Basel-Stadt nicht tragbar wäre, teilte die Regierung am 31. März den Medien mittels Communiqué mit. Die Regierung erachtet auch die FDP-Initiative als unnötig, denn sie setze die falschen Prioritäten. Bei einem zukünftigen Handlungsspielraum für Steuersenkungen liege die Priorität bei den Firmen, meint der Regierungsrat.

Am 16. April beginnt wieder die ImmoExpo

VG. Die Aussteller der 3. Wohn- und Immobilienmesse ImmoExpo Basel stehen vom 16. bis 18. April mit vielen ausgesuchten Angeboten bereit. In der Halle 4.1 der Messe Basel erwarten Besucher zahlreiche Inputs zu Kauf, Miete, Renovation und Finanzierung. Die Sonder schauen «Stadtwohnen – Wohnen, wo man lebt» und «Effiziente Heizsysteme, modern finanziert» vermitteln dem Publikum sehr viel Wissenswertes.

www.immoexpobasel.ch